

# EinBlick – der Newsletter

Ausgabe 52, Juni 2018

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

da ist sie auch schon wieder einmal: die letzte Ausgabe von unserem EinBlick vor der Sommerpause des Kreistages. Aber bevor es in den „Urlaub“ geht, haben die Kreistagsabgeordneten noch wichtige Beschlüsse gefasst. Einer davon zum Nachtragshaushalt 2018. Damit haben wir festgelegt, dass die Kreisumlage weiter abgesenkt wird – ein zentrales Anliegen von uns und auch Inhalt unseres damaligen Wahlprogramms zur Kommunalwahl. Wenn die Finanzen des Landkreises geordnet sind, soll die Kreisumlage sinken. Ebenso hatte sich dazu Kornelia Wehlan (DIE LINKE) in ihrem Wahlprogramm zur Landratswahl 2013 bekannt. Nunmehr geht es also weiter an die Umsetzung dieses zentralen Anliegens: Die Kreisumlage sinkt auf 44,5 Prozent.

Und da wir gerade schon einmal bei Wahlprogrammen und deren Umsetzung sind: Was ist Ihnen wichtig? Was sollte im Wahlprogramm der LINKEN zur Kommunalwahl im Mai 2019 stehen? Wo glauben Sie, muss etwas in Teltow-Fläming verbessert und/ oder geändert werden? Und überhaupt: Haben Sie, ja Sie!, schon einmal darüber nachgedacht, selbst linke Politik mitzugestalten? Wie gesagt, im Mai 2019 sind die Kommunalwahlen in Brandenburg. Bringen Sie sich ein, [sprechen Sie uns an](#). Wir sind offen für neue Ideen und immer erfreut über Mitstreiterinnen und Mitstreiter – auch ohne Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE.

Soweit also. Wir melden uns im September wieder bei Ihnen. Bis dahin Ihnen einen schönen Sommer und erholsame Urlaubstage!

Die Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming wünscht eine informative Lektüre.

*PS: Wünschen Sie Kontakt zu uns? Wie, erfahren Sie auf der letzten Seite im Impressum.*



*(v.l.n.r.): Landrätin Kornelia Wehlan, Felix Thier, Maritta Böttcher, Jörg Martin Bächmann, Hans-Jürgen Akuloff, Roland Scharp, Annkathrin Loy, Mandy Werner, Dr. Irene Pacholik, Heike Kühne, Dirk Hohlfeld, Erste Beigeordnete Kirsten Gurske und Peter Dunkel. (Hartmut Rex fehlt auf dem Foto.)*

### Einwohnerfragestunde

▶ In dieser Kreistagssitzung meldete sich ein Elternvertreter von der Kindertagespflege in Gebersdorf (Dahme/ Mark), um erneut auf die dortige Situation aufmerksam zu machen. Anlass war u.a. ein Brief von Bildungsministerin Ernst (SPD) an die Einrichtung in Gebersdorf, in dem Optionen für die Regelungen zur Kindertagespflege aufgezeigt wurden. Daher wird nun die Kreisverwaltung im Ministerium explizit mit Blick auf genau diesen Brief nachhaken. Wenn von Seiten des Ministeriums dann abgesichert und schriftlich ein OK komme, so ist auch die Kreisverwaltung zu Gesprächen über die Richtlinie zwecks Anpassung bereit.

---

### Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

- ▶ Kreistagsvorsitzender Dr. Kalinka informierte, dass es zur Pflege der Partnerschaften des Landkreises nunmehr vor dem Kreishaus einen großen Findlingstein gäbe und dort die Wappenplaketten unserer Partner befestigt würden.
- ▶ Die Kreistagsabgeordnete Silvana Gericke hat am 23.04. ihr Mandat niedergelegt. Gerhard Kalinka verpflichtete daher auf dieser Sitzung ihren Nachrücker, Herrn Klaus Pape.
- 

### Mitteilungen der Landrätin



Kornelia Wehlan

Foto: Landkreis Teltow-Fläming

- ▶ Landrätin Kornelia Wehlan begrüßte zu dieser Sitzung den neuen stellvertretenden Kreisbrandmeister per Blumenstrauß und übergab die Ernennungsurkunde.
- 

### Nachtragssatzung zum Haushalt 2018

▶ Wie in der letzten Ausgabe unseres Newsletters berichtet, hat Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) auf der April-Beratung des Kreistages den Abgeordneten den Entwurf zur 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2018 vorgelegt. Mittlerweile wurde das Papier in allen Gremien des Kreistages beraten und mit Beschlussempfehlungen für den Juni-Kreistag versehen. Nunmehr oblag es also den Kreistagsmitgliedern selbst, ihr Votum abzugeben. Da die Nachtragssatzung u. a. auch die Absenkung der Kreisumlage beinhaltet, war die Zustimmung nicht schwer. Die [Beschlussvorlage](#) wurde vom Kreistag bei nur vier Enthaltungen einstimmig angenommen. Unsere Fraktion stimme geschlossen mit Ja.

Einzig die Stadt Zossen hatte als Kommune des Landkreises [Einwendungen zur Nachtragsatzung](#) vorgebracht. In ihrem Votum dazu folgten die Kreistagsmitglieder jedoch der Argumentation der Kreisverwaltung bzw. deren Beschlussempfehlung auf Ablehnung und lehnten die Einwendungen von Zossen mit sehr großer Mehrheit, bei drei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen, ab.

Ein Änderungsantrag der Fraktion Plan B/ BVBB-WG wollte die Kreisumlage um weitere 0,5 Prozent auf dann 44 Prozent absenken. Finanziellen Spielraum für diesen Antrag sah die Fraktion in der höher ausfallenden Schlüsselzuweisung des Landes an den Landkreis. Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) machte jedoch darauf aufmerksam, und sprach damit auch unserer Fraktion aus der Seele, dass die Schlüsselzuweisung des Landes dafür da sei, dass so vom Land anerkannte, und so auch bewiesene, Finanzierungslücken gefüllt werden sollen – und damit nicht zur Deckung von Fehlbeträgen aufgrund der Senkung der Kreisumlage vorgesehen seien. Interessant ist an der Stelle auch, dass gerade Plan B aus Zossen mit unterstützt, dass die Plus-Buslinie Ludwigsfelde-Potsdam bis nach Zossen/Wünsdorf verlängert werden solle – auf Kosten des Landkreises natürlich. Schwierig, wenn man auf der einen Seite die Einnahmen kürzen will, auf der anderen Seite jedoch mehr ausgeben möchte. Der Antrag wurde daher konsequent bei nur fünf Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen vom Kreistag abgelehnt. Die Ablehnung durch unsere Fraktion fiel einstimmig aus.

Die SPD-Fraktion brachte zu diesem Tagesordnungspunkt noch einen Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt mit Bezug auf die Denkmalpflegerichtlinie ein, welcher die Reduzierung der dort vorgesehenen Summe um die Hälfte vorsieht. Die so eingesparten 50.000 Euro sollen dem Produkt „Glashütte“, als kreisliches Denkmal, zugeführt werden. Der Kreistag folgte diesem sinnvollen Antrag bei nur einer Nein-Stimme und 14 Enthaltungen. DIE LINKE stimmte ebenso, bei einer Enthaltung, zu.

---

## Neujahrsempfang des Landkreises

► Der Empfang 2019 soll das Thema „25 Jahre Teltow-Fläming“ haben und so auf ein Vierteljahrhundert Landkreis TF zurückblicken lassen.

Weitere Details finden sich in der [Beschlussvorlage](#), welcher der Kreistag in der Abstimmung einstimmig folgte.

---

## Gewährung von Zulagen bei Neueinstellungen von Fachkräften

► „In öffentlichen Verwaltungen bestehen zunehmend Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu akquirieren. Insbesondere geeignete Fachkräfte wie Ärzte oder Beschäftigte für den IT-Bereich sind meist nur schwer zu finden. Nach Auskunft der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann (DIE LINKE) blieben 2017 im öffentlichen Dienst des Bundes insgesamt 34.700 Arbeitsplätze unbesetzt. Dies sind 2.000 mehr als im Vorjahr und 3.500 mehr als im Jahr 2015. Auch in den Kommunalverwaltungen sind solche Entwicklungen zu beobachten. In der Kreisverwaltung führten bereits zahlreiche Ausschrei-

bungsverfahren besonders im Bereich der Bauingenieure, IT-Fachkräfte, Ärzte und Führungskräfte nicht zum gewünschten Erfolg. Auch eine weitere Herabstufung der Anforderungsprofile wäre nicht mit der ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung vereinbar.

Um auf den Fachkräftemangel reagieren zu können, schuf die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) die Möglichkeit der Zulagenzahlung für den öffentlichen Dienst. Dies betrifft die Allgemeine Arbeitsmarktzulage, die Fachärzte-Zulage und die IT-Fachkräftezulage. Ziel der Zulagen ist, die Arbeitgeberattraktivität der öffentlichen Verwaltungen durch materielle Anreize zu steigern. Dabei können die Zulagen sowohl als Mittel zur Gewinnung, als auch zur Bindung von Fachkräften dienen.

Den Verwaltungen soll durch diese flexiblere Form der Vergütung die Möglichkeit gegeben werden, den personellen Engpässen zu begegnen und mit anderen Arbeitgebern zu konkurrieren.

Die Prüfung im Landkreis Teltow-Fläming hat gezeigt, dass gerade bei der Suche von Ärzten und IT-Fachkräften eine sehr schwierige Arbeitsmarktsituation besteht. Stellen sind über Monate bzw. sogar Jahre unbesetzt. Um auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu sein, sollte in diesen Fällen die Zahlung von Zulagen ermöglicht werden. (...)“ (*Auszug aus dem Sachverhalt der Beschlussvorlage*)

Der Kreistag beschloss die Gewährung einstimmig bei drei Enthaltungen, DIE LINKE war geschlossen dafür. Die Details finden sich in der umfangreichen [Beschlussvorlage](#).

---

## Richtlinie zur Förderung ambulanter sozialer Dienste

► „Der Landkreis ist örtlicher Träger der Sozialhilfe. In diesem Zusammenhang obliegen ihm die Aufgaben der ambulanten und sonstigen ergänzenden Angebote der sozialen Hilfen sowie der teilstationären und vollstationären Hilfen. Die zur Erfüllung der Aufgaben nach Sozialgesetzbuch XII erforderlichen Dienste und Einrichtungen sollen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Ziel ist es, eine leistungsfähige, wirtschaftliche und zahlenmäßig ausreichende ambulante, teilstationäre und vollstationäre Versorgungsstruktur sicherzustellen. Das Versorgungssystem ist unter Beachtung der Grundsätze der Qualitätssicherung, des Verbraucherschutzes und des Vorrangs der ambulanten vor der stationären Versorgung weiterzuentwickeln.

Um diesem gesetzlichen Auftrag zu entsprechen, wurde vor einigen Jahren die „Richtlinie zur Förderung ambulanter sozialer Dienste im Landkreis Teltow-Fläming“ in Kraft gesetzt, die die verschiedensten Leistungsbereiche berücksichtigt und bestehende Bedarfe abdeckt.

Im Landkreis ist seit vielen Jahren eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege festzustellen. Die Wohlfahrtsverbände unterbreiten auf den verschiedensten Gebieten ihre individuellen Angebote. Diese Angebote bewirken einerseits eine willkommene Ergänzung bzw. Erweiterung der bestehenden kommunalen Infrastruktur, andererseits nehmen die Wohlfahrtsverbände auch pflichtige Aufgaben für den Landkreis wahr und arbeiten eng mit ihm zusammen (z. B. im Rahmen der Schuldnerberatung). (...)“ (*Auszug aus dem Sachverhalt der Beschlussvorlage*)

Nachzulesen sind die weiteren Ausführungen dazu unter dem entsprechenden [Tagesordnungspunkt](#). Der Kreistag votierte einstimmig für die Beschlussvorlage, DIE LINKE war also auch geschlossen dafür.

---

## Handlungsempfehlung angemessene Bedarfe für Unterkunft und Heizung

► „Der Landkreis ist nach dem Sozialgesetzbuch Träger der Leistungen für Unterkunft und Heizung. Da das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit von seiner Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung nach § 27 SGB II bis dato keinen Gebrauch gemacht hat, sind die Landkreise als zuständige Leistungsträger in der Pflicht, Maßstäbe für eine einheitliche Beurteilung der Angemessenheit von Unterkunftskosten in ihrem Verantwortungsbereich für Wohnungen, die nach Ausstattung, Lage und Bausubstanz einfachen und grundlegenden Bedürfnissen entsprechen, festzulegen.

Die dafür notwendigen Mietenübersichten sind auf dem Weg einer Erhebung nach schlüssigem Konzept zu erfassen. Diese Erhebung ist in der Regel alle vier Jahre durchzuführen. (...) Auf Grundlage der Daten wurde die Handlungsempfehlung zu den angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II des Landkreises Teltow-Fläming überarbeitet. (...) Darüber hinaus wurden in der nun vorliegenden 4. Handlungsempfehlung aktuelle Rechtsprechungen sowie Erfahrungen des Jobcenters und der Grundsicherung im Ergebnis von Gerichtsverfahren eingearbeitet und Hinweise für die praktische Anwendung gegeben.“ (*Auszug aus dem Sachverhalt der Beschlussvorlage*).

Der Kreistag beschloss diese [Vorlage](#) bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung, DIE LINKE stimmte geschlossen mit Ja.

---

## Richtlinie Förderung Kindertagespflege

► Entsprechend eines früheren Kreistagsbeschlusses ist die Förderrichtlinie zu überarbeiten, wenn neue Orientierungsdaten vorliegen. Da dies der Fall ist, wird nunmehr mit der 1. Änderung der Richtlinie rückwirkend zum 1. Januar geltend, „die Pauschalierung des Sachaufwandes pro Platz (Zahlung auf der Grundlage der Erlaubniserteilung, unabhängig von der Anwesenheit des Kindes)“ und ab dem 1. Juli „eine gleichbleibende Förderungsleistung für jedes Kind (d. h. Erhöhung für Kind 4 und 5)“. Damit wird im Ergebnis die Situation für die Kindertagespflege im Landkreis Teltow-Fläming verbessert.

Der Kreistag beschloss diese [Vorlage](#) ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen. Unsere Fraktion stimmte mit Ja.

---

## Fortschreibung Energie- und Klimaschutzprogramm, Jahr 2018

► Auch in diesem Jahr möchte der Landkreis seiner Verantwortung gerecht werden und seinen Beitrag zum Klimaschutz fortsetzen. Dafür wurden wieder Maßnahmen angedacht bzw. auf den Weg gebracht. Die Details finden sich [hier](#). Der Kreistag votierte dazu mit sehr großer Mehrheit positiv, bei nur einer Gegenstimme und vier Enthaltungen. Unsere Fraktion war geschlossen dafür.

---

## Informationsvorlagen

Die folgenden Vorlagen nahm der Kreistag zur Kenntnis:

- ▶ [Tätigkeitsbericht der Landrätin über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming im Jahr 2017](#)
- ▶ [Entwicklung von Kapazitäten und Zuweisungen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Jahr 2018](#)
- ▶ [Jugendförderplan 2018 - Aktualisierung des Modells zur Verteilung der Personalstellen Jugend\(sozial\)arbeit zur Vorbereitung der Haushaltsdiskussion 2019](#)
- ▶ [Information zum Sachstand der Fortschreibung der Bedarfsplanung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2018 bis 2020](#)

---

## Anträge

Die folgenden Anträge wurden in den Kreistag eingebracht:

- ▶ [Änderung der Satzung über die Benutzung von Sporthallen des Landkreises Teltow-Fläming außerhalb des Schulbetriebes](#)

Der Antrag der SPD-Fraktion greift ein Problem auf, welches primär in den Sporthallen der Kommune Rangsdorf besteht. Mit einer Änderung der Satzung würden jedoch Regelungen für den gesamten Landkreis geschaffen und so mögliche Kostensteigerungen zugelassen werden. Wir erinnern dazu an die kreisliche Haushaltslage der letzten Jahre. Nichtsdestotrotz sollte der Antrag fairerweise zur anstehenden Haushaltsdiskussion 2019 zur Kenntnis genommen werden.

Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) hat zum Antrag eine [Stellungnahme](#) abgegeben. Der Kreistag votierte nicht zu dem Antrag, der die SPD ihn mit Blick auf die kommende Haushaltsberatung neu einbringen möchte und daher nun vorerst zurückgezogen hat.

Interessant an dieser Stelle: Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) wusste zu berichten, dass die Verwaltung zusammen mit dem Kreissportbund eine Abfrage bei allen Sportvereinen im Landkreis gestartet habe mit der Bitte um Mitteilung, wer eine zusätzliche Nutzung von Sporthallen für nötig hielt. Ergebnis: Ein (!) Sportverein meldete sich zurück mit seinem höheren Bedarf – aus Rangsdorf.

- ▶ [Brandenburg braucht Tegel: Herausforderungen des Luftverkehrsstandortes Berlin-Brandenburg auf TXL und BER verteilen](#)

Zum Antrag der Fraktion Plan B/ BVBB-WG hat Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) ebenfalls eine [Stellungnahme](#) an den Kreistag abgegeben, in der sie deutlich macht, dass der Landkreis keine Möglichkeit der Befassung und gar Einflussnahme auf die Belange des Verkehrsflughafens Berlin-Tegel (TXL) hat. Ferner ist im rechtsgültig-festgestellten (und über gerichtliche Urteile bestätigten) Planfeststellungsbescheid festgelegt, dass mit Inbetriebnahme vom BER in Berlin die Flughäfen Tempelhof und Tegel zu schließen sind.

Der Antrag ist also nicht nur aufgrund mangelnder Zuständigkeit beim Kreistag am falschen Adressaten. Vielmehr ist das ganze Thema in der aktuellen Rechtslage auch nicht mehr änderbar. So gern man das sich das vielleicht wünschen möge ...

Der Kreistag stimmte auf Wunsch der einbringenden Fraktion namentlich ab. Ergebnis: Für den Antrag stimmten 14 Abgeordnete, 16 waren dagegen, acht enthielten sich. Aus unserer Fraktion stimmten Jürgen Akuloff, Jörg-Martin Bächmann, Maritta Böttcher, Peter Dunkel, Roland Scharp und Felix Thier dagegen, Dr. Irene Pacholik und Hartmut Rex waren dafür. Die restlichen vier Mitglieder unserer Fraktion waren dieses Mal nicht anwesend.

### ► [Plus-Bus-Anbindung von Zossen/Wünsdorf](#)

Mit dem Fahrplanwechsel Ende 2017 wurde die Buslinie 618 von Wünsdorf nach Potsdam als nicht mehr landesbedeutsam eingestuft und eingestellt, obwohl Wünsdorf nach wie vor der Sitz von wichtigen Landesbehörden ist und die Buslinie gut frequentiert war. Damit gibt es von Zossen keine direkte Bahnverbindung mehr in die Landeshauptstadt. Der Abschnitt Ludwigsfelde-Potsdam der alten Linie wurde von Seiten des Landkreises auf eigene Kosten durch eine Plus-Bus-Linie ersetzt. Damit gibt es aktuell zumindest von Ludwigsfelde einen Zubringer in die Landeshauptstadt. Gemäß dem Antrag der CDU soll nun geprüft werden, inwiefern sich diese Plus-Bus-Linie bis nach Zossen/ Wünsdorf erweitern lässt.

Mit dem gleichen Thema befasste sich auch ein Antrag der Fraktion Freie Wähler-ALLIANZ. Jedoch wurde hier kein Prüfauftrag mehr formuliert, sondern der sofortige Beschluss der Linieneinrichtung des Busses gefordert. Allerdings zog der Antragssteller sein Papier zurück, da man sich inhaltlich dann doch mit dem CDU-Antrag und dessen Prüfauftrag identifizieren konnte.

Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) hat zu den Anträgen eine [Stellungnahme](#) abgegeben. Der Kreistag votierte für den Antrag der CDU auf Prüfung der Möglichkeiten einstimmig bei zwei Enthaltungen, DIE LINKE war geschlossen dafür.

## Dokumente – Anfragen & Anträge aus unserer Fraktion

► Zu dieser Sitzung des Kreistages gab es von unserer Fraktion keine Anfragen.

### ► [Gebührenbefreiung für Trichinenuntersuchung wegen der Afrikanischen Schweinepest](#)

„Im Rahmen der vorbeugenden Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) wurden in den letzten Monaten von verschiedenen Behörden die unterschiedlichsten Regelungen erlassen bzw. getroffen. So hat das Land Brandenburg z. B. angekündigt, mit den Landkreisen Vereinbarungen zur Zahlung einer Prämie für den Abschuss von Schwarzwild (SW) abzuschließen. Für jedes Stück SW, das mehr als im Referenzjahr 2015/2016 erlegt wird, soll der Jagd ausübungs berechtigte 50,00 Euro erhalten. Neben dem hohen Verwaltungsaufwand, den die Kreise zu tragen haben, wird durch diese Regelung beispielsweise der Fleißige bestraft und der Faule belohnt. Des Weiteren wird für jedes tot aufgefundene oder verunfallte Stück SW eine Aufwandsentschädigung von 30,00 Euro gezahlt. Die Sinnhaftigkeit dieser Regelungen muss man, zumindest, was den ersten Punkt betrifft, sehr stark hinterfragen.

Sinnvoller wäre es, eine Regelung auf Landesebene zu treffen, von der alle Jägerinnen und Jäger auf der einen Seite, als auch die Kreis- und Stadtbehörden auf der anderen Seite einen

Vorteil haben. Also sozusagen eine Win-Win-Situation geschaffen wird. Dies haben nach Auffassung von Experten die Bundesländer erreicht, die die Gebühren für die Trichinenuntersuchungen landesweit nicht erheben bzw. diese den Landkreisen usw. erstatten.

Eine solche Regelung auf Landesebene ist sinnvoll und zweckmäßig, da dadurch alle Jagdausübungsberechtigte eines Bundeslandes gleichbehandelt werden und es zu keinen „Verschiebungen“ kommt.“ (*Begründung der Beschlussvorlage*).

Daher haben die Fraktion DIE LINKE, die Fraktionen der CDU, der SPD und die Fraktion Bauernverband/FDP gemeinsam diesen Antrag verfasst und in den Kreistag eingebracht. In der Abstimmung dazu gab es keinen Widerspruch – Einstimmigkeit.

Anmerkung dazu in eigener Sache: Der rigorose Abschuss von Schwarzwild ist allerdings nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss. Ein [Artikel des Tierschutzbundes](#) zeigt das recht eindrucksvoll.

## Termine

- **03.07.**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung, Kreishaus
- **09.07.**, 17 Uhr: Kreisausschuss, Kreishaus, Luckenwalde
- **23.08.**, 17 Uhr: Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, Kreishaus, Luckenwalde
- **27.08.**, 17 Uhr: Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Kreishaus, Luckenwalde
- **03.09.**, 17 Uhr: Ausschuss für Haushalt und Finanzen, Kreishaus, Luckenwalde
- **04.09.**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung, Kreishaus
- **10.09.**, 17 Uhr: Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Kreishaus, Luckenwalde
- **10.09.**, 17 Uhr: Kreisausschuss, Kreishaus, Luckenwalde
- **12.09.**, 17 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft, Kreishaus, Luckenwalde
- **17.09.**, 18 Uhr: Sitzung der Fraktion DIE LINKE., Kreishaus, Luckenwalde
- **18.09.**, 17 Uhr: Rechnungsprüfungsausschuss, Kreishaus, Luckenwalde
- **24.09.**, 17 Uhr: Sitzung des Kreistages, Kreishaus, Luckenwalde
- **26.09.**, 17 Uhr: Jugendhilfeausschuss, Kreishaus, Luckenwalde
- **27.09.**, 17 Uhr: Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Kreishaus, Luckenwalde

### Impressum:

Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming  
Fraktion DIE LINKE.

Zinnaer Straße 36, 14943 Luckenwalde

Telefon: 03371 – 63 22 67

Telefax: 03371 – 63 69 36

E-Mail: [kreistagsfraktion@dielinke-teltow-flaeming.de](mailto:kreistagsfraktion@dielinke-teltow-flaeming.de)

V.i.S.d.P.: Felix Thier, Mitglied des Kreistages,  
stellv. Fraktionsvorsitzender



facebook



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming